

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1906

185 (11.8.1906) Zweites Blatt

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich M. 2.10. In der Expedition und den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2.62 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Luisenstraße 24.
Telefon: Nr. 128. — Postlegungsliste: Nr. 8144.
Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags.
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Total-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 185.

Zweites Blatt.

Karlsruhe, Samstag den 11. August 1906.

26. Jahrgang.

Der Mannheimer Parteitag.

Wie schon mitgeteilt, besahe sich die letzte Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Karlsruhe mit der Tagesordnung zum Deutschen Parteitag in Mannheim. Welch großes Interesse man demselben, welcher nun zum erstenmal in Baden stattfindet, entgegenbringt, zeigte der gute Besuch der Versammlung. Um eine gründliche Behandlung des Stoffes zu ermöglichen, hatte Gen. Weismann das einleitende Referat übernommen, wobei er, zusammengefasst, ungefähr folgendes sagte: Wohl kein Land habe einen solchen Anspruch auf einen Parteitag, wie gerade das durch die 1848er Revolution historisch zur Bedeutung gelangte Baden. Besonders zu begrüßen sei dies auch, als man mehr den süddeutschen Genossen mehr wie zuvor Gelegenheit gegeben sei, denselben zahlreich zu besuchen. Ueber die drei ersten Tagesordnungspunkte, die den Parteitag beschäftigen, ist wohl nicht viel zu reden, es wäre aber sehr vorteilhaft gewesen, wenn man dieselben, um für die wichtigsten anderen Tagesordnungspunkte mehr Zeit zu gewinnen, zuerst behandeln würde. Auch über die Mitarbeiter gebe es nicht viel neues zu sagen, die Hauptfrage dabei ist, dass endlich einmal eine einheitliche Regelung derselben zum Ausdruck kommt. Größeres Interesse beansprucht die Behandlung der Frage des politischen Massenstreiks, über deren Verlauf man eigentlich nichts gewisses voraussagen könne. Er, Redner, habe die Empfindung, dass dieser Punkt überhaupt nicht auf die Tagesordnung gekommen wäre, wenn nicht die Differenzen mit der Generalkommission, aus der statgehabten geheimen Konferenz zur vertraulichen Besprechung der Angelegenheit resultierend, und die diesbezüglichen Vorwürfe der sozialistischen Gewerkschaften dies nötig gemacht hätten. Auf die in Zena gefasste Resolution verweisend, führt Redner aus, dass die preussische Wahlrechtsbewegung auf dem Punkte angelangt sei, dass es notwendig erweise, sich nach neuen Wasser umzusehen, was auch den Parteivorstand veranlasst, die Sache in Fluss zu bringen. Andererseits nehme wieder die Generalkommission den Standpunkt ein, dass die Organisationen zur erfolgreichen Durchführung derselben noch zu schwach seien, die Zeit hierzu noch nicht gekommen wäre. Jedenfalls dürfte die im Vorwärts angekündigte Veröffentlichung der diesbezüglichen beiden Korporationen gedruckten Schriftstücke wie des Protokolls Auffassung bringen. Auch die Stellungnahme des Parteitages zu dem zum erstenmal in Deutschland tagenden Internationalen sozialistischen Kongress in Stuttgart dürfte die Erledigung dringender Fragen bringen. Die Behandlung des Punktes Sozialdemokratie und Volkserziehung stellt zum erstenmal die Sozialdemokratie als Kulturpartei dar. In dem Vorhaben, die Arbeiter zu Kulturmenschen zu erziehen, müsse prinzipiell auf die Selbsterziehung und Bildung derselben hingewirkt werden; dergleichen auch dahingehend, dass die Erziehungsmethode der Gesellschaft unsere Vorkämpfer angepaßt werde. Schon um der Entwicklung der Partei wegen bräunte man tüchtige, aufgeklärte und willensstarke Männer, was schon Viehwacht in seinem Worte: Wissen ist Macht dokumentierte. Die Referate hierüber rufen in bevorzugten Sätzen, da beide Referenten Pädagogen sind. Zu wünschen wäre, dass dieser Punkt vorweg behandelt würde. Eines eingehenden Besprechungsunterzieht Redner den Punkt Strafrecht, Strafprozess und Strafvollzug, über welchen auf dem Parteitag Gen. Haase referiert. Deutschlands Strafrecht, das seit dem Jahre 1874 datiere, sei infolge der sich seit 30 Jahren vollzogenen Umbildung in sozialer, politischer und ökonomischer Hinsicht überlebt, und entspricht nicht mehr dem Rechtsempfinden des Volkes, wie tagtäglich konstatiert werden kann, weshalb dasselbe heute in dem Worte „Klassenjustiz“ anklingt. Unser jetziges Strafrecht basiert auf dem Grundgedanken der Rache, doch seien bereits Reformbestrebungen unter der Führung des Strafrechtlers Vigt in Gänge, welche aber nicht genügend Einfluss haben. Es werde eine Strafprozessreform angestrebt, jedoch in der diesbezüglichen Kommission habe man keine sozialdemokratischen Juristen zugelassen. Auch hier streitet man nur langsam vorwärts, so dass Reformen, bis dieselben zur Einführung kommen, bereits überlebt sind. Genosse Weismann erörtert noch ausführlich dieses Verfahren mit allen seinen Mängeln, daraus resumierend, dass es ein unbedingtes Bedürfnis ist, speziell die Einrichtung von Revisionskammern zu fordern. Hinsichtlich des Strafvollzugs tue ein einheitliches Gesetz in Deutschland bitter not. Die jetzt bestehenden Gesetze lassen der weitesten Willkür in bezug auf die Behandlung der Strafgefangenen Raum und muß hier vor allem darauf hingewirkt werden, dass die Strahlungen gebessert und zu vernünftigen Menschen gemacht werden. Redner hätte es für notwendig befunden, dass auf die Tagesordnung noch der Punkt: Arbeiterbewegung und Kapitalkonzentration gesetzt worden wäre und begründet die Notwendigkeit der Behandlung mit dieser Frage. Zukünftig werde man dieselbe nicht mehr umgehen können. Von dem Parteitag kann man nur wünschen, dass sich die Diskussion in ruhigen Bahnen bewegt und erprobliche Arbeit geleistet wird, dann kann man sagen, auch in Baden sind wir ein gutes Stück vorwärts gekommen. (Weifall.)

In dieser Sache seien die Delegierten in Zena in schmähtlicher Weise hintergangen worden, so daß man sich in Mannheim damit beschäftigen müsse. Es werde wohl diesmal von anderer Seite der Antrag auf Verlegung des Zentralorgans kommen, denn der Vortrags sei nicht mehr wie früher auf der Höhe und ein Zentralorgan sollte wenigstens den Streit und den Kampf nicht zünden, wie dies jetzt geschehe. Auch im Parteivorstand sei eine Neuorganisation notwendig, weil derselbe nicht mehr wie früher funktioniere infolge der durch die technischen Arbeiten hervorgerufenen Überlastung der Funktionäre, die nebenbei auch noch politisch tätig sind. Der Parteivorstand müsse mindestens auf die doppelte Zahl erhöht werden. Zu ausführlichen Darlegungen überhandelt Kolb die Frage des Generalstreiks und auch heute wieder würde er aus den gleichen Gründen wie vor dem gegen eine diesbezügliche Resolution stimmen. Um den politischen Massenstreik mit dem Hinweis auf die Erringung eines besseren Wahlrechts zu rechtfertigen, müßte auch unsere Stellung zum Parlamentarismus eine gründlichere sein. Viel besser wäre es, auf dem Parteitag Fragen zu behandeln, die wirklich auch für die Arbeiter brennend seien, dann wird auch der Streit verschwinden und wir werden weiter zum Siege schreiten! (Weifall.)

Genosse Traberger ist der Auffassung, daß, wenn sich die Delegierten in der Art an der Diskussion beteiligen, wie Kolb, allerdings keine Gewähr für einen ruhigen Verlauf des Parteitag gegeben sei. Er wendet sich gegen die Ansicht Kolbs, daß der Parteivorstand keine Pflicht nicht getan, obwohl er nicht verneine, daß manches verbessert werden kann. Kolb repliziert auf diese Ausführungen, da er nur habe sagen wollen, daß es dem Parteivorstand infolge Arbeitsüberhäufung nicht möglich gewesen, intensiver tätig zu sein.

Genosse Willi findet auch eine Neuorganisation des Parteivorstandes für nötig, aber man dürfe sich davon nicht alles versprechen. Manches hätte mehr gesehen können, wenn die Parteigenossen besser zur Sache gegangen wären. Im Gegensatz zu Kolb ist Redner der Meinung, daß die Diskussion über den Massenstreik nicht geschadet hat, ob aber ein solcher wirksam ist, hängt lediglich von der Bildung und Ausrichtung der Massen ab, weshalb zuerst für die nötige Erziehungsbereitschaft getort werden muß. Zur Verteidigung von politischen Rechten könne er sich einen Generalstreik, auch ohne Untergängen, wohl denken, das habe sich schon gezeigt, doch müsse Hauptaufgabe die Erziehung der Genossen zu Klassenkämpfern sein; insbesondere aber sollte unsere einschlägige Literatur besser werden, die gegen früher schlechter geworden sei. Viel zu viel werde in Theorie gemacht, erprobliche praktische Arbeit gebräuche der Partei viel mehr zum Nutzen. Zu hoffen sei, daß der Parteitag die persönliche Spitze entbehre.

Genosse Weismann gibt in seinem Schlusswort seinem Empfinden Ausdruck, daß dem Genossen Kolb wieder einmal der Gaul durchgegangen und er deshalb zu unhaltbaren Schlussfolgerungen gekommen ist. Er geht nochmals auf die in der Diskussion aufgeworfenen Fragen des näheren ein und schließt mit der Hoffnung, daß man an dem Verlaufe des Parteitages in Mannheim seine Freude haben werde.

Zu Anschluß daran wurden noch die gestern benannten Delegierten zur Wahlkreisversammlung gewählt, die ihrerseits die Delegierten zum Parteitag selbst in der Sitzung am 26. August bestimmen.

Aus der Partei.

Baden-Baden, 10. Aug. Sozialdemokratischer Verein. In letzter Besanntheit haben wir folgenden Ratgeber anzufragen. Der Volksfreund liegt noch in folgenden Kolumnen auf: In Lichtenfels bei Bamberg, zum Deutschen Kaiser, bei Braun, zum Grünen Baum, bei Seifemann, zum Falkenstein, bei Wipfel, zum Waldhorn. In Doss-Scheuern bei Krauth, zum Weinschiff Hof und bei Kunz, Gosthaus zum Schwert, Palzenbergstraße.

Wir erziehen die hiesige Arbeiterklasse, sowie die auswärtigen Genossen, bei ihren Ausflügen, auch diese Kolumne zu berücksichtigen. Der Vorstand.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Zahr 1. d., 10. Aug. Zwei Jahre sind verflossen, seitdem die Waidrunder des Herrn Haas in Karlsruhe a. a. an Herrn Waidrundermeister und Photograph W. Engelberg, ebenfalls in Karlsruhe, überging. Das Personal kostete, daß durch den Besitzwechsel bessere Verhältnisse eintreten, daß Herr Engelberg den Waidrundermeister anerkennen würde, das Personal glaube das um so mehr annehmen zu dürfen, da Herr E. Vorkämpfer des sozialdemokratischen Vereins in Karlsruhe war. Leider kam es anders, jeder Versuch, Herrn E. zu bewegen, den Tarif anzuerkennen, wurde abgewiesen; die Genossen erhielten immer die Antwort: „Ich habe die Druckerzunft unter schlechten Verhältnissen übernommen und muß erst sehen, wie ich auskomme.“ Nachdem Herr E. die Druckerzunft 2 Jahre im Besitz hatte und die Genossen, die ja auch rechnen gelernt, sahen, daß das Geschäft gut floriert, forderten sie energisch die Anerkennung des Tarifs.

Nachdem die Genossen abgewiesen wurden, versuchte der Gewerkschaftsrat in Freiburg Herrn E. zur Anerkennung zu bewegen, auch vergebens. Das Personal gab nicht mehr nach; da beauftragte der Gewerkschaftsrat den Bezirksvorsitzenden in Lahr, nach Karlsruhe zu gehen, um mit Herrn E. persönlich eine Aussprache herbeizuführen; dies geschah am Sonntag, 29. April d. J. Auch diese Aussprache verlief resultatlos. Herr E. erklärte, er könne den Tarif nicht bezahlen, da er ihn zu Grund, er müsse unbedingt die Ausnahmeverordnungen haben; die Schmutzkonkurrenz und vieles andere müßte erhalten, um dies zu beweisen. Hierauf konnten wir nicht eingehen, weil in den Schwarzwalddruckereien bessere Verhältnisse herrschen (dies wurde selbst von Herrn Waidrundermeister zugegeben) in Zell a. S. bestätigt; auch konnten die Genossen den anderen tarifgebenden Prinzipalen des Schwarzwaldes gegenüber, und es sind

dies bereits alle, Herrn E. keine Ausnahme mehr gestatten.

Die Genossen warteten bis zum 15. Juni, sie dachten, Herr E. werde doch nachgeben, wenn nun erst gemacht wird und kündigt an diesem Tag. Die Kündigungssfrist lief ab, ohne eine Einigung zu erzielen; am 30. Juni traten die Genossen aus. Der Gewerkschaftsrat beauftragte abermals den Vorsitzenden in Lahr, am 1. Juli nochmals nach Karlsruhe zu gehen, es wäre vielleicht doch eine Einigung möglich. Bei dieser zweiten Verhandlung erklärte Herr E., er wolle den beiden älteren Genossen 1. M. auslegen, den dritten aber, Kollegen Maier, stelle er nicht mehr ein, dies sei der Fehler, der Fühlerführer Maier war beim Kauf der Druckerzunft mit übergegangen, war also über 2 Jahre bei Herrn E. beschäftigt, er habe für diesen einen anderen eingestellt für 20 M. Zum besten Verständnis sei mitgeteilt, daß der Mindestlohn für Karlsruhe für die Genossen, die Herr E. beschäftigte, 21,50 und 22,50 M. betrage. Herr E. bezahlte aber nur 20 bis 21 und 22 M., es fehlten zwei Genossen 1,50 M. und einem 50 Pf.

Weiter sagte Herr E., er wolle kein Elbabe sein: er sieht also die Tarifgemeinschaft als Elbabe an. Er meinte, mit der Anerkennung des Tarifs hänge noch sehr viel zusammen, wo wir ihm dann Schwierigkeiten machen werden, er dürfe dann keinen Rückwärtigen mehr an Gehalts beschaffen, was ja selbstverständlich nicht gestattet werden kann. Es wurde Herrn E. folgender Vorschlag gemacht: Der Kollege Maier verzichtet auf Wiedereinstellung, der andere Genosse, der 22 M. hatte und 23 M. erhalten sollte, verzichtet auf 50 Pf. zugunsten des dritten, der 22 M. erhalten sollte, jedoch auch dieser 22,50 M., also das Minimum habe. Dem Neueingestellten soll vom 1. Oktober ab das Minimum bezahlt und der Tarif anerkannt werden. Diesen Vorschlag lehnte Herr E. ab und meinte, er könne genug Leute für 18, 19 und 20 M. bekommen; es wurde ihm hierauf gesagt, dann möge er sich solche holen. Auch sagte Herr E., die Steuerbehörde ignoriere ihm mehr Gehalts, daß sich die Druckerzunft nicht rühre, denn er bezahle für den Druckerbetrieb keine Steuern. Es wurde ihm auch gesagt, daß wenn er doch jedes Jahr zuleten müsse und die Druckerzunft nur auf Kosten des Personal über Wasser gehalten werden kann, dann wäre das vorteilhafteste, dieselbe zu schließen. Da es zu keiner Einigung kam, verließen die Genossen Karlsruhe. Auf einen Bericht im Korrespondenzblatt Herr E. in der Schwarzwalder Volksstimme eine Erklärung, die wir, soweit sie sich auf Vorstehendes bezieht, hier wiedergeben.

In eigener Sache.

Saslach, 2. Aug. Der Personalwechsel in der Schwarzwalder Volksstimme hat hier für einige Tage Gesprächsstoff abgegeben, bei dem seitens der damaligen Genossen viel Unwahrheit verbreitet wurde. Nach Verlauf von nahezu 4 Wochen erschien nun im Genossenorgan Der Korrespondent auch noch ein recht gehässiger Artikel, in welchem Saslach ein sehr feures Schwarzwaldbildchen genannt wird und die dort beschäftigten Genossen darin aus dem Gehalte ausgetrieben seien, weil der Waidrunder sich nicht dazu verstehen konnte, den Waidrunder anzuerkennen. — Das ist hiesige Unwahrheit. Ich verlange wiederum nur die sog. Lohnobergrenzung, wie sie in den Orten Saslach, Triberg, Engen, Heberlingen, Madelshausen und vielen anderen Orten gewährt ist und wie vom früheren Verbandsvorsitzenden Jule-Jahr II. Brief vom November 1904 auch angeführt war. Der jetzige Verbandsvorsitzende Christmann in Lahr wollte bei einer mündlichen Auseinandersetzung am 1. Juli d. J. diese Forderung nicht anerkennen, spielte sich vielmehr als Diktator auf, was ich mir nicht gefallen ließ. Zwei der Genossen wollten daher wider seinen Willen auf Gehalt Uhr. außer Arbeit treten, für den dritten hatte ich Urlaub angelehnt. Ich wendete mich nun an das Tarifamt in Berlin, welches mir unterm 4. Juli schrieb, daß in obiger Sache nicht die Genossen in Lahr zu verurteilen hätten, sondern lediglich die Kreisvertreter und das Tarifamt.

Die Behauptungen in vorstehender Erklärung haben wir durch wahrheitsgetreue Wiedergabe des ganzen Vorganges schon widerlegt und wollen nur noch auf Einiges eingehen. Herr E. führt die Orts Wähler an und erklärt, er hätte nur verlangt, was diese auch haben. Demgegenüber erklären wir, daß in den sämtlichen angeführten Orten auch nicht ein einziger Genosse unter dem Waidrunder Gehaltzeit habe. Herr E. kann sich ja bei seinen Kollegen erkundigen, wenn er uns noch seinen Glauben schenken will. Auch hat der frühere Vorsitzende Jule-Jahr Brief vom November 1904 Herrn E. die Ausnahmeverordnungen nicht zugelegt, sondern Herrn E. an das Tarifamt verwiesen; darum hat sich denn damals Herr E. nicht an das Tarifamt gewandt? Weil er eben kein Elbabe sein wollte. Jetzt, nachdem das Personal gegangen ist, findet er auch das Tarifamt, um den Lohnabsenker zu spielen. So wie Herr E. die Tatsachen in seiner Erklärung auf den Kopf stellt, so hat er auch das Tarifamt unterstellt.

Eines wollen wir Herrn E. noch verraten, daß der „Korrespondent vom Doerrstein“ seinen Sitz nicht in Lahr hat, deshalb sind seine gehässigen Angriffe auf die falsche Adresse gerichtet.

8. Verbandstag der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

K. Leipzig, 9. August 1906.

Vierter Verbandstag.

Für die Siebener-Kommission, die sich mit der Gewerkschaft beschäftigte, erstattet Kollegin Ziegler Bericht. Auf Vorschlag der Kommission ist für Schlesien ein besonderer Gau zu bilden, da dort die industrielle Entwicklung derart vorgeritten ist, daß ein enormes Arbeitsfeld der Bearbeitung harret. Alle anderen Anträge, die sich auf Neuerteilung der Gane und Anstellung von Ortsbeamten beziehen, sind teils abzulehnen, teils dem Vorstand als Material zu überweisen. Der Verbandstag gibt diesen Vorschlägen seine Zustimmung.

Zum Statut liegen 70 Änderungsvorschläge vor, die sich zum größten Teil mit Erhöhung der Beiträge beschäftigen. Im Prinzip wird von allen Rednern die Erhöhung der Beiträge anerkannt, doch in Anbetracht der wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen zu leben ein großer Teil unserer Mitglieder gezwungen ist, machen sich Bedenken gegen die vom Vorstand geforderte Erhöhung geltend. Nach ausführlicher Debatte wird durch namentliche Abstimmung mit 97 Stimmen der Vorstandsantrag,

der 50 Pf. Wochenbeitrag verlangt, abgelehnt. Damit gilt der nächst weitgehende Antrag, der 40 Pf. Wochenbeitrag verlangt, als angenommen. Das Eintrittsgeld soll in Zukunft 50 Pf. betragen.

Weiter wird beschlossen, daß es den weiblichen Mitgliedern freistehen soll, den höheren Beitrag der Männer zu zahlen, wodurch sie dann auch die Ansprüche auf dieselben Rechte erwerben. — Die ausführliche Debatte über die Erhebung der Ertragsbeiträge führt zur Annahme folgenden Antrages:

Vorstand und Ausschuss haben das Recht, wenn an die Verbandskasse außerordentliche Anforderungen gestellt werden, eine Ertragssteuer auszusprechen. Nichtleistung des Ertragsbeitrages ist in die im § 7 aufgeführten Ausschlussgründe einzurechnen. Der Ertragsbeitrag darf die Hälfte des wöchentlichen Beitrages nicht überschreiten; derselbe soll durch Extramarke quittiert werden. Die Summe der zu erhebenden Ertragsbeiträge ist auf sämtliche Unterstützungseinrichtungen in die Kassenzeit einzurechnen.

Während nachgewiesener Erwerbslosigkeit ruht die Beitragspflicht. Antrag Braunschweig: Persönliche Streitigkeiten dürfen in Mitgliederbesammlungen nicht zum Austrag gebracht werden. In den Zahlstellen sind Schiedsgerichte zu bilden. Die streitenden Parteien haben je zwei Beisitzer für ein derartiges Schiedsgericht zu ernennen und die Ortsverwaltung hat einen unparteiischen Obmann zu bestimmen. Die Schiedsgerichtsentscheidungen sind verbindlich und werden in den Mitgliederbesammlungen bekannt gegeben, dürfen aber nicht diskutiert werden. Nichtbeachtung der Schiedsgerichtsentscheidungen hat Ausschluss aus dem Verband zur Folge. Es wird dem Vorstand überlassen, diese Bestimmung in geeigneter Form den Mitgliedern bekannt zu geben. In Zukunft soll die Anmeldung erkrankter Mitglieder zur Erwerbslosen-Unterstützung in den ersten sechs Tagen nach Einstellung der ärztlichen Bescheinigung unter Vorlegung derselben beim Bevollmächtigten bewirkt werden.

Um die Gehaltskala der Verbandsfunktionäre zu revidieren, wird eine liebegeldige Kommission zur Vorberatung gewählt.

Beschlossen wird ferner, daß zu zukünftigen Verbandstagen auf je 1000 Mitglieder ein Delegierter gewählt werden soll. Kleinere Zahlstellen werden zu Wahlkreisen von 1000 Mitgliedern vereinigt.

Somit erfolgt Schluss des vierten Verbandstages.

Gemeindezeitung.

Konstanz, 9. Aug. Die letzte Mitgliederbesammlung des Sozialdemokratischen Vereins beschäftigte sich mit dem Verhalten unserer Vertreter im Bürgerausschuss. Derselben hatten nämlich in der letzten Bürgerausschuss-Sitzung, der Gehaltssteigerung der beiden Bürgermeister unter recht eigentümlicher Begründung, wobei das demokratische Prinzip klar sichtbar gelassen, zugestimmt. Die meisten Redner betrachteten diese Zustimmung als sehr bedauerlich. So lange wie städtische Arbeiter 2,40 und 2,60 M. Lohn erhalten, so lange wie wir eine indirekte Doppelbesteuerung aller notwendigen Lebensmittel haben, also kann man wohl einer Gehaltssteigerung über 10000 M. ein starkes „Nein“ entgegensetzen. Ein beantragtes Witztravens-Votum wurde mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt, dagegen angenommen ein Antrag, daß unsere Vertreter sich bei wichtigen Verhandlungen im Bürgerausschuss mit dem Vorstand resp. mit der Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Verbindung setzen, damit solche Abstimmungen, welche 99 Prozent der Mitglieder scharf verurteilen, sich nicht wiederholen können.

Kommunale Praxis, Wochenchrift für Kommunalpolitiker und Gemeindefunktionäre. Herausgeber Dr. A. Seibum, Verlag: Paul Singer, Berlin. Auf eine wichtige sozialpolitische Aufgabe der Gemeindefunktionäre weist K. Kleis in dem Leitartikel der neuesten Nummer der Kommunalen Praxis hin: nämlich auf die Festsetzung des ortsüblichen Tageslohns. Die Gemeindefunktionäre haben zweifellos das Recht, in den Gemeinderäten und Stadtverordneten-Kollegien Aufträge auf Neuregelung der Löhne zu jeder Zeit zu stellen, und sie sollten unumwunden von diesem Recht Gebrauch machen, als bekannt ist, daß die ortsüblichen Löhne hier vielfach weitans zu niedrig angelegt sind. Ihre Festsetzung hängt in erster Linie von den Gemeindebehörden ab; in den Gemeindebehörden sind die Unternehmer auszusprechen; die Unternehmer haben ein Interesse an der niedrigen Bemessung des ortsüblichen Tageslohns, weil dadurch die „Kassen“ der sozialen Bewegung für sie niedriger gehalten werden. Der Schluss auf diesem Geheften ist demnach leicht zu ziehen.

Aus dem Reiche.

Charlottenburg, 9. Aug. Zweifelhafte Geschlechtszugehörigkeit. Ein wohl selten vorkommender Fall, daß ein Vater ein neugeborenes Kind unbestimmten Geschlechts anmeldete, ereignete sich in der vergangenen Woche auf dem Standesamt zu Charlottenburg. Die Bekannte hatte das Kind anfänglich für ein Mädchen erklärt. Später stiegen ihr also wegen des ungewöhnlichen Befundes bezüglich der Geschlechtszugehörigkeit Zweifel auf. Sie rief daher, den auf diesen Gebiete als Sachverständigen bekannten Arzt Dr. August Dirksfeld (Charlottenburg) zur Begutachtung und Entscheidung, ob das Kind ein Mädchen oder ein Knabe sei, heranzuziehen.

Dr. Dirksfeld stellte fest, daß sich das Geschlecht des Kindes zurzeit überhaupt nicht bestimmen lasse; er rief aber, aus praktischen Gründen, zumal außerdem die männlichen Zeichen die weiblichen etwas überwiegen, das Kind als Knaben zu erziehen und ihm einen Namen zu geben, den man leicht in einen weiblichen umwandeln kann, etwa Paul Martin. Der Standesbeamte war mit dem Vorschlag des Dr. Dirksfeld einverstanden und trug das Kind als Knaben mit den Vornamen: Paul Martin, in das Standesamtregister ein.

Da bei ähnlichen Vorfällen die inneren Organe und die spätere Körper- und Geistesentwicklung einen weiblichen Charakter zeigen, so erklärte der Standesbeamte: nach vollendetem achtzehnten Lebensjahre müsse es der betreffenden Person freistehen, zu entscheiden, ob sie den ihr beigelegten männlichen Namen weiterführen, oder in Paula Martin umwandeln wolle.

Stadtgarten

(bezw. Festhalle)

Sonntag den 12. August 1906, nachmittags 5 Uhr

Grosses Konzert

des Cornet à Piston-Virtuosen Herrn Louis Kimmel vom Grossherzoglich Hessischen Hoftheater in Darmstadt

unter Mitwirkung der Kapelle des 3. Badischen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 50 Leitung: Stabsstrompeter Schotte.

Eintritt: (Abonnementen 20 Pfg. 3005
Nichtabonnementen 50 Pfg.
Soldaten und Kinder je die Hälfte.
Programm 10 Pfg.)

Die Konzertausschüsse haben Gültigkeit. Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt.

Programm:

1. Hochzeitsmarsch a. „Sommerabendtraum“, Mendelssohn.
2. Ouverture z. Op. „Die Entführung aus dem Serail“, Mozart.
3. Divertissement a. d. Op. „Die lustigen Weiber von Windsor“, Nicolai.
4. Fantaisie „Scene de Ballet“, Ch. de Verdi.
5. Auf dem Cornet à Piston vortragen von L. Kimmel.
6. Die Pianiste, Gabor, Baner.
7. Melia-Walzer aus der Operette „Die Puppe“, Andran.
8. Ouverture zur Oper: „Das Glöckchen des Gramen“, Maillet.
9. Chor der Friedensboten aus „Rienzi“, Wagner.
10. Fantaisie-Polka-Virtuoso für Cornet à Piston, L. Kimmel. (Vorgetragen vom Komponisten).
11. Polka aus der Operette: „Der Fidejussor“, Strauß.
12. La Barcarolle, Walzer nach Motiven der Offenbach'schen Oper: „Hoffmanns Erzählungen“.
13. Schweizerischer Japfenstreich, Nachts.

Gesangverein „Bruderbund“

Sonntag den 12. August im Bannwald bei der Engischen Eisfabrik 3068.2

grosses Waldfest

verbunden mit Instrumental- und Vokalkonzert, Preisstücken, Bläserwerken und Kinderbelustigungen unter Mitwirkung der Brudervereine „Rafflesia“ und „Alstadt“.

3. Reichstagswahlkreis Schopfheim-Waldshut.

Sonntag den 26. August, vormittags 10 Uhr beginnend findet zu Todtnau im „Schwarzwälderhof“ eine

Wahlkreis-Konferenz

mit folgender Tagesordnung statt:

1. Geschäfts- und Rollenbericht.
2. Stellungnahme zum deutschen Parteitag.
3. Agitation.
4. Wünsche und Anträge.

Hierzu sind die Vertrauensleute und Parteigenossen freundlichst eingeladen mit der Bitte, zahlreich zu erscheinen. 3079.2

Der Vertrauensmann.

Waldkirch. Vereinigte Gewerkschaften.

Sonntag den 12. August, nachmittags halb 3 Uhr,

Sommernachts-Fest

in der Brauerei zur „Arche“ unter Mitwirkung der Stadtmusik Waldkirch und des Gesangvereins „Freundschaft“ Freiburg, verbunden mit Gabenverteilung und Kinderbelustigung, wozu alle Arbeiter freundlichst eingeladen sind. 3079.2

Ausschmückungskommission der Weststadt.

Wir beabsichtigen, anlässlich der Rundfahrt der Allerhöchsten Herrschaften durch die Stadt an der Empfangsstation Straßen und Plätze aufzuschmücken. Eizern, die ihre Kinder am Empfang teilnehmen lassen wollen, werden gebeten, dies schriftlich oder mündlich anzumelden. 3071.2 Nähere Auskunft wird Sofienstraße 118 im Bureau erteilt.

Gänzlicher Konkurs-Ausverkauf
des
Schuhwaren-Lagers
und
Herren- und Knabenkleider-Lagers

zu staunend billigen Preisen, sowie Mitverkauf eines grossen zur Komplettierung erwartenden und noch zu empfangenden Posten Schuhwaren. 3008

16 Markgrafenstrasse 16



Nur noch kurze Zeit Waldstrasse 26.

Total-Ausverkauf

der Restbestände des Warenlagers mit Nachlass von **10 bis 20 Prozent**

Rabattsparmarken. — Billige Preise. — Beste gute Qualitäten.
Erstes Elsässer Waren- und Restengeschäft **G. F. KOPF.**
Waldstrasse 26 Nur noch kurze Zeit.

Brauerei Fr. Hoepfner · Karlsruhe

empfiehlt Ihre rezenten und vollmundigen Lager- und Exportbiere, hell und dunkel, in Kisten à 25¹ und 25² Fl. sowie in Gebinden. 2400

Zur gefälligen Beachtung!

Infolge des bestehenden Mangels an Natur-Eis ist der Brauereibetrieb in höherem Masse auf die künstlichen Kühleinrichtungen angewiesen und es muss deshalb eine Einschränkung in der Abgabe von Eis eintreten. Die unterzeichneten Brauereien haben daher beschlossen, ihren Wiederverkäufern nur dasjenige Eis zu liefern, welches zum Kühlhalten des Bieres bis zu dessen Verkauf unentbehrlich ist; sie sind aber nicht in der Lage, weitergehende Ansprüche, wie sie seither ungerichtlichertigerweise immer mehr erhoben worden, sind zu erfüllen. **Der Eisbezug aus Wirtschaften u. Flaschenbierhandlungen, der an sich unberechtigt ist, wird also fernerhin unzulässig sein.** Die unterzeichneten Brauereien halten es für angezeigt, verehrliches Publikum hiervon zu unterrichten u. anheimzustellen, etwaigen Eisbedarf anderweitig zu decken. Es muss auch darauf hingewiesen werden, dass es den Kutschern bei Strafe der Entlassung verboten ist, Eis schenkungsweise oder gegen Vergütung abzugeben; es wäre daher auch die unberechtigte Annahme von Eis aus deren Hand verwerflich und strafbar.

Sommer 1906.

- Bruchsal: Bruchsaler Brauerei A.-G.
- Durlach: Brauerei Eglau A.-G. Karl Wagner.
- Edingen: Edinger Aktien-Brauerei vorm. Gröfl. v. Oberndorfsche Brauerei.
- Ettlingen: Brauerei-Gesellschaft am Huttenkreuz A.-G.
- Grünwinkel: Gesellschaft für Brauerei, Spiritus- und Presshefenfabrikation vorm. G. Sinner.
- Heidelberg: Schroedl'sche Brauerei-Gesellschaft.
- Karlsruhe: Brauerei-Gesellschaft vorm. S. Moninger, Heinrich Fels, Wilhelm Fels, Friedrich Höpfner, Karl Kammerer.
- Karlsruher Brauerei-Gesellschaft vorm. K. Schrempf.
- Mühlburger Brauerei vorm. Freih. v. Seldeneck'sche Brauerei.
- A. Printz.
- Union-Brauerei A.-G.
- C. Franz G. m. b. H.
- Hofbrauhaus August Hatz Söhne.
- Brauerei-Aktien-Gesellschaft vorm. D. Streib.
- Speyer: Brauerei zum Storchchen A.-G.

Zahnatelier 2012
Georg Deininger, Dentist
34 Werderplatz 34.

Waschen Sie nur noch mit **„EUREKA“** der Krone aller Waschmittel. **Ueberall erhältlich.**

Modell-Schreiner mehrere tüchtige für dauernde Stellung und hohen Lohn gesucht. Näheres Modellfabrik Th. Haager, Stuttgart, Röhlmstr. 43.

Maler- und Anstreichergehilfen finden sofort bei hohem Lohn Beschäftigung bei **Eduw Kappler, Malerstr., Sofienstraße 44, 2. St.**

Schmiede, Schreiner, u. Stellmacher (Wagner) gesucht. 3018.10 **Waggonfabrik A.-G. Rastatt (Baden).**

Mädchen als Zweitmädchen gesucht. Chresten mit Lohnaufschlägen zc. an **Frau H. Stabler, Singen am Oberrhein.**

65 000 Mk. sind auf 1. Hypothek in Posten von 2000 Mk. auszuliehen durch **Aug. Schmitt, Hypothekenges. Karlsruhe, Leisingstr. 3a** 3057.10 Telefon 2117.

Zu verkaufen mehrere Wohnhäuser in fabrikreicher Gegend, ferner schöner Kaufmanns- und 2 ganz neue Häuser für Metzger, Kaufmann, Bäcker mit ganz geringer Anzahlung. Für junge Geschäftsteile eine sichere Existenz. Zu erfragen **Jos. Bär, Agentur Lörrach, Bismarckstr.**

Prima reifen Stangenlimburger Käsehaus, Kaiserstraße 64.

Pfänder-Versteigerung. Zu der Woche vom 10. bis 14. September d. J. versteigern wir die über 6 Monate verfallenen Pfändersachen bis Lit. C. Nr. 7697 und Nr. 1 bis 2316. Eine Erneuerung derselben kann noch bis zum 22. August d. J. stattfinden. 3044 **Karlsruhe den 1. August 1906** Stadt. Spar- u. Pfandleihkassen-Verwaltung.

Luhns wäscht am besten

Uhrenreparaturen jeder Art, anerkannt und billig mit Garantie. Besondere Preisermäßigung für Arbeiter und Personal zc. bei **Franz Dühlinger, Uhrmacher** 3109 Kronenstrasse 32.

Zum Ansetzen empfehle unter Garantie für Schönheit: la Frucht- und Kornbraunwein, la alten Nordhanser Kornbraunwein von 60 Pfg. bis Mr. 1.20 p. Liter. **Schwarzwälder Kirchen- und Zwetschgenwasser.** Von 5 Liter ab Preisermäßigung u. frei ins Haus geliefert.

W. Erb, am Fideleplatz. Standsbuch-Auszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten: 4. Aug.: Leo Oskar Vater Karl Schmiederer, Finanzbuchhalter. Wilhelm Friedrich, Hof. Ludwig Ludwig, Bäckermeister. Helene Elisabeth, Josef Westermann, Sergeant. 5. Aug.: Emil, Karl Vahr, Magazinsarbeiter. 6. Aug.: August Friedrich Wilhelm, Vater August Schmitt, Kaufmann. Emma Elise, Emil Unbehauen, Schlosser. 7. Aug.: Anna Katharina, Josef Heilig, Fabrikarbeiter. Friedrich und Otto, Jovillinge, B. Andreas Karzer, Einlassierer. Eberhard Rudolf Karl, Hugo Petermann, Monteur. **Eheaufgebote:** 7. Aug.: Theodor Vogel von Heltz, Chemiker alda, mit Franziska Häder von hier. Eduard Kern von hier, Militärintendantur-Bureauhilfsleiter in Strassburg, mit Susanna Daniel von hier. Wilhelm Hed von Durmerstein, Bäcker in Kronau, mit Emma Köhringer von Altdorf. Adolf Giffel von Grünwinkel, Tagelöhner hier, mit Emma Gauer von Darglanen.

„Volksfreund“ Unterhaltungsblatt zum